

7. Dezember 2005

Land kann sich Verantwortung nicht entziehen! GRÜNE: - Kahl (SPD) soll mithelfen die geplanten Kürzungen zu verhindern!

"Wenn die CDU/SPD Bundesregierung ihre Pläne zur Kürzung der Mittel für den Öffentlichen Personennahverkehr so wie angekündigt umsetzt, werden zahlreiche Bus und Bahnlinien vor allem im ländlichen Raum wegfallen. Wer etwas anderes behauptet, täuscht die Öffentlichkeit", sagt der Frankenberger Landtagsabgeordnete Jürgen Frömmrich (GRÜNE). Insofern sei auch die Kritik an der Öffentlichkeitsarbeit des Nordhessischen Verkehrs Verbundes (NVV) vollkommen ungerechtfertigt: "Wer sich ein wenig auskennt in der Materie, erkennt leicht, dass die Einsparungen vor allem in Nordhessen massive Angebotsstreichungen zur Folge haben würden. Die angekündigte Streichung der Regionalisierungsmittel ist ein 'Generalangriff' auf den ÖPNV im ländlichen Raum", so der Abgeordnete weiter.

Kritik äußert Frömmrich auch zu den Äußerungen des SPD Politikers Reinhard Kahl. Dieser hatte behauptet, die angesprochenen Bahnlinien stehen nicht zur Disposition. "Wo Kahl seinen Optimismus her nimmt, bleibt allein sein Geheimnis. Wenn der SPD-Kollege die Informationspolitik des NVV für 'verantwortungslos' halte, empfehle ich ihm eine Unterhaltung mit dem Kassler SPD-Landrat Udo Schlitzberger, der ist immerhin Aufsichtsratsvorsitzender des NVV."

Zitat aus der Pressemitteilung von Landrat Schlitzberger:

Falls sich die Berichte über die von den Koalitionsparteien beschlossene und von der neuen Bundesregierung bereits vorbereitete Kürzung der finanziellen Unterstützung des öffentlichen Nahverkehrs bewahrheiten sollte, stehen nach Ansicht des Aufsichtsratsvorsitzenden des Nordhessischen Verkehrsverbundes (NVV) Landrat Dr. Udo Schlitzberger unvermeidlich Einschnitte in das bestehende Angebot im Eisenbahn-, Straßenbahn- und Busverkehr Nordhessens auf der Tagesordnung. "Mittelkürzungen in diesem Bereich würden besonders die ländlichen Regionen direkt merken, da hier zuerst das vorhandene Angebot aus Kostengründen zurück gefahren werden müsste," so Dr. Schlitzberger weiter.

Anstatt die Folgen der Kürzungen in der Öffentlichkeit zu relativieren, sollte die SPD ihren Einfluss in der Bundesregierung geltend machen und die befürchteten Verschlechterungen für die Region verhindern. Gleiches gelte auch für die Union: "Noch im Januar brachte die CDU einen Antrag in den Landtag ein, in dem man sich gegen eine Kürzung der Regionalisierungsmittel für den ÖPNV aussprach. Nun ist die Zeit gekommen, den Worten von damals auch Taten folgen zu lassen. Denn die Bundesregierung benötigt die Zustimmung der Länder in dieser Frage", so Frömmrich weiter.

Die Grünen werden sich weiter für einen guten Öffentlichen Personennahverkehrs in der gesamten Region einsetzen. Dies gelte auch für die Umsetzung der Regiotram und der Kurhessenbahn. "Beide sind für die Region und ihre verkehrliche Erschließung von großer Bedeutung. Die Reaktivierung der Strecke Korbach - Frankenberg ist für den neu gegründeten Nationalpark Kellerwald-Edersee unverzichtbar", verdeutlicht Frömmrich. "Wir sollten alle gemeinsam dafür kämpfen, dass die Regionalisierungsmittel nicht gekürzt werden und der ÖPNV in der Fläche erhalten bleibt".